Stadt Zürich
Gemeinderat

Stadt Zürich
Gemeinderat
Parlamentsdienste
Stadthausquai 17
Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10
gemeinderat@zuerich.ch
gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 17. Ratssitzung vom 30. September 2026

742. 2026/121
Postulat der Grüne-, SP- und AL-Fraktion vom 18.03.2026: Vergabe von Schiffsplätzen auf dem Stadtgebiet, Bevorzugung von Betreibenden von Sharing-Booten, Vereinen und Non-Profit-Organisationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Brigitte Fürer (Grüne) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5990/2026): Das Postulat fordert bei der Vergabe von Bootsplätzen auf dem Stadtgebiet, dass Organisationen, die das Boot teilen und zusammen nutzen, priorisiert werden. Mit den Bootsplätzen ist es wie mit den Parkplätzen. Sie beanspruchen viel Raum und die Boote stehen mehr im Hafen, als dass sie auf dem See unterwegs sind. Genau dort setzt das Postulat an. Gemeinsame Boote werden viel häufiger genutzt als die Boote von Einzelpersonen. Diese Boote rotten vor sich hin und werden vielleicht ein- bis zweimal auf dem See bewegt, besetzen aber vor allem den Hafenplatz. Die Warteliste für einen Bootsplatz ist lang. Wenn wir das Postulat annehmen und diejenigen priorisiert werden, die ihr Boot gemeinsam nutzen, können mehr Personen den See geniessen und mit dem Bötchen herumfahren. Das Postulat ist einfach: teilen statt warten. Das schont unsere Ressourcen.*

Martina Zürcher (FDP) zieht den namens der FDP-Fraktion am 1. April 2026 gestellten Ablehnungsantrag zurück.

Derek Richter (SVP) *stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Der Vorstoss fordert die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von privaten Bootseigentümern. Die Warteliste für Bootsplätze existiert seit Jahren und ist bewusst neutral gehalten, nämlich gemäss dem Anmeldedatum. Das sind faire Regeln. Das Postulat würde für die privaten Wartenden, die zum Teil jahrzehntelang auf dieser Liste stehen, eine systematische Benachteiligung zugunsten von Vereinen, Non-Profit-Organisationen und sogenannten Sharing-Anbietern darstellen. Das ist eine klassische Ungleichbehandlung vor dem Gesetz. Der Staat soll gewisse Gruppen bevorzugen und gegenüber den einfachen privaten Bootsbesitzerinnen und Bootsbesitzern eine Priorisierung vornehmen. Das ist ein Eingriff in die individuelle Freiheit und die Eigentumsrechte. Bootsbesitz und die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur sind für viele ein persönliches Hobby und keine kollektive Dienstleistung. Das Ziel, mittelfristig ein Drittel aller Plätze zwangsweise für die Mehrpersonen-*

nutzung zu reservieren, ist nichts anderes als sozialistische Planwirtschaft. Das Ziel funktioniert an Land nicht und im Wasser schon gar nicht. Wieso soll der Staat entscheiden, welche Nutzungsform besser ist? Der Markt – sprich Nachfrage, Wartezeit, Angebot und private Vereinbarungen – regelt das bereits heute. Private Boote stehen übrigens auch Kollegen und Familienmitgliedern zur Verfügung, alles ohne staatliche Vorgaben. Einen solchen Eingriff braucht es ganz sicher nicht. Es gibt auch praktische und bürokratische Probleme. Die Wartelisten müssten konsolidiert werden. Wie stellen Sie sich das vor? Sollen die bestehenden Listen gelöscht und die Einschreibegebühren abgeschrieben werden? Das wäre einmal mehr ein staatlicher Diebstahlsversuch durch die Grünen. Die Bevorzugung fossilfreier Boote ist schwierig, weil die Boote nicht für fossilfreie Antriebe gebaut wurden. Sie sind für kleine Aussenbordmotoren konzipiert, sogenannte Flautenschieber. Sie verbrauchen nur ein marginales Quantum an fossilem Brennstoff, nämlich gerade zum Einfahren in den Hafen und zum Ausfahren aus dem Hafen. Der Vorstoss kostet einmal mehr Steuergeld für Prüfung, Umsetzung und spätere Kontrolle und bringt ein Bürokratiemoloch hervor. Zudem verfolgen manche Sharing-Angebote stark kommerzielle Interessen. Das Postulat ist nicht ökologisch oder sozial, sondern eine rein ideologisch gesteuerte Umverteilung knapper Ressourcen. Es nimmt den privaten Bürgern etwas weg, um es organisierten genehmen Gruppen zu geben. Dabei kommt nichts anderes als mehr Bürokratie heraus. Wer mehr Menschen den Bootssport ermöglichen will, soll private Initiativen wie günstigere Vereinsmodelle und mehr Liegeplätze fördern, anstatt per Dekret eine Massenenteignung vorzunehmen. Ähnliche Debatten haben wir schon bei den Parkplätzen, Velostationen und anderen Sharing-Vorlagen geführt. Zu guter bzw. schlechter Letzt stellen wir fest, dass die Masseneinwanderung auch auf dem See nicht Halt macht. Das ist sehr gut wahrnehmbar. Im Sommer ist das Seebecken wirklich hoffnungslos überlaufen. Der Effekt wurde durch die Pandemie noch verstärkt. Wir lehnen das Postulat und auch die Textänderung der FDP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Brenda Mäder (FDP): *Die Textänderung hat den Sinn und Zweck, einen neutralen Blick und Fakten in die Debatte einzubringen. Wir finden Sharing-Bootsplätze im Grundsatz sinnvoll. Die Zahlen der Non-Profit-Organisation Sailbox zeigen, dass ein geteiltes Boot zehn- bis fünfzehnmal häufiger als ein privates genutzt wird. Daraus könnte man schliessen, dass es mehr Sharing-Bootsplätze braucht. Das ist aber bereits heute geregelt und von den Wartelisten abgegrenzt. Das Reglement über die Zuteilung und Nutzung von städtischen Schiffstandplätzen für Non-Profit-Bootsharing-Organisationen (AS 747.116) aus dem Jahr 2021 sieht vor, dass 25 Prozent des städtischen Kontingents für Organisationen mit geteilten Booten zur Verfügung stehen. Die Frage ist, wo der Engpass liegt. Heute können Sharing-Betreiber mit Elektromotoren diese Infrastruktur praktisch nicht nutzen, weil die Stromanschlüsse fehlen. Wir haben uns erlaubt, das Thema Wartelisten herauszunehmen, weil es mit dem Ziel nichts zu tun hat. Stattdessen soll der Stadtrat aufgefordert werden, die Infrastruktur für das elektrische Laden zur Verfügung zu stellen. Wir sind nicht zwingend dafür, die Quote zu erhöhen, aber warum nicht. Es ist ein bisschen absurd, dass man CO_2-Ziele erreichen, die Infrastruktur dafür aber nicht zur Verfügung stellen will. Das Postulat ohne die Textänderung würden wir ablehnen.*

Nicolas Cavalli (GLP): *Manchmal kommen uns Vorstösse bekannt vor und manchmal sogar sehr bekannt. Im November 2024 hat die GLP die Motion GR Nr. 2024/536 eingereicht. Darin haben wir gefordert, die Sharing-Economy zu stärken, die ökologischen Antriebe zu fördern und die Netto-Null-Ziele zu erreichen. Wir haben damals auch auf die Problematik der Platzhalterboote verwiesen. Ende Oktober 2025 wurde der Vorstoss mit einer Textänderung der Grünen, dass die Sharing-Economy nicht gewinnorientiert sein soll, als Postulat überwiesen. Die FDP hat unseren Vorstoss damals abgelehnt. Jetzt kommen die linken Parteien wie die alte Fasnacht wieder und fordern eigentlich das Gleiche. Was wir heute diskutieren, ist nichts wirklich Neues. Die Textänderung der FDP ist in unserem Sinn. Sie ist im Einklang mit der Förderung von fossilfreien Antrieben und dem Sharing von E-Bötchen. Wir haben wenig Mühe mit dieser Stossrichtung: Kann man machen, nötig wäre es nicht. Wir unterstützen den Vorstoss mit oder ohne Textänderung.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Auch die Die Mitte hat Sympathien für den Vorstoss. Mit der Textänderung unterstützen wir ihn gern. Bei der ursprünglichen Variante haben wir uns gefragt, wie sinnvoll «Verein» ist. Das Ziel ist ja, dass das Boot möglichst viel benutzt wird und nicht nur im Hafen liegt. Wie einfach ist es, einen Verein zu gründen? Ich weiss nicht, ob das dem Ziel förderlich ist. Bei Sharing-Booten und fossilfreien Antrieben sind wir auf jeden Fall dabei. Wir würden die Annahme des FDP-Antrags begrüssen.*

Jane Bailey (SVP): *Diejenigen, die permanent über Gerechtigkeit faseln, kommen mit einem Postulat der absoluten Ungleichbehandlung. Jetzt hat der Sozialismus also auch den See erreicht. Wer sein Boot privat besitzt und seit Jahren ordentlich auf einen Bootsplatz wartet, soll plötzlich von Vereinen, Non-Profit-Organisationen und Sharing-Anbietern überholt werden. Nicht, weil er spät dran war, sondern weil irgendwelche Politikerinnen und Politiker das entscheiden und knallhart durchziehen können. Gleich ein Drittel der Bootsplätze soll so vergeben werden. Dieses Postulat schafft künstlich Privilegien für politisch bevorzugte Nutzergruppen. Willkommen im modernen Kommunismus getarnt als Pseudodemokratie 739.*

Brigitte Fürer (Grüne): *Wir nehmen die Textänderung nicht an, weil es genau um die Wartelisten geht und nicht um die Plätze, die schon im Kontingent abgezogen wurden. Ich bin ein bisschen erstaunt über die Reaktionen, bei denen wir wieder einmal als Kommunisten, als Sozialisten und überhaupt beschimpft werden. Es geht nur darum, dass man quasi teilt. Teilen heisst nicht, dass man immer mit allen gleichzeitig aufs Boot muss, sondern dass am Montag die eine Person fährt und am Dienstag die andere. Welchen bürokratischen Aufwand das auslösen soll, weiss ich ehrlich gesagt nicht. Es ist ein bekanntes Instrument, dass man anhand von Kriterien eine Auswahlliste macht. Von daher ist es nichts Neues. Mit Sozialismus hat das relativ wenig zu tun, ausser man sagt, wer teilt, sei eine Sozialistin. Dann bin ich sehr gerne eine Sozialistin.*

Das Postulat wird mit 70 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat